

Parteien sind zuversichtlich für Urnengang

Parteivertreter aus Rapperswil-Jona zeigen sich nach der Bürgerversammlung zum Parlament erfreut. Ein Bürger ruft zum Widerstand auf.

Pascal Büsser

Die erste Hürde ist geschafft. Die Bürgerversammlung von Rapperswil-Jona hat sich im Grundsatz für ein Parlament ausgesprochen (Ausgabe vom Freitag). Das führt am Tag danach zu erfreuten Reaktionen bei Stadtpräsident Martin Stöckling und Vertretern der Parteien.

«Der Start war harzig, aber am Schluss fiel das Resultat überraschend deutlich aus», sagt Mitte-Präsident Ivo Reichenbach. Damit meint er das Eintreten der Bürgerversammlung auf die Detaildiskussion. Dies nach einer einstündigen kontroversen Debatte mit je gleich vielen Pro- und Kontra-Voten. «Die Gegenvoten hatten einen guten Applaus, deshalb dachte ich, es werde viel knapper», sagt Reichenbach. Auch Ralph Dudler, der bei der SP beim Parlamentsdossier im Lead ist, kamen Bedenken. Er wusste aus Erfahrung: «Die Stimmung bei einer Bürgerversammlung kann rasch kippen.»

Wie es zum Umschwung kam

Bei der ersten Parlamentsabstimmung 2015 kamen 1932 Bürgerinnen und Bürger ins Grünfeld und verwarfen das Parlament wuchtig. Nun sagte eine deutliche Mehrheit der 1100 Anwesenden im Grundsatz Ja. Für den Meinungsumschwung sieht Dudler zwei Hauptgründe: «In den letzten Jahren sind so viele kommunale Projekte gescheitert, dass ein gewisser Frust da ist. Das Fass zum Überlaufen hat das Lido gebracht», meint er. Zweitens seien dieses Mal alle Parteien von Anfang an mit im Boot gewesen. «Dass wir bereit sind zur Zusammenarbeit, ist ein starkes Zeichen nach aussen», ist Dudler überzeugt.

2015 forderten SP, GLP, SVP und Grüne ein Parlament, FDP und CVP, die damals noch den Stadtrat dominierten, leisteten Widerstand. Auch die Stadtführung wollte nichts davon wissen. Angestossen von Jungfreisinnigen und GLP wurde der neue Parlamentsvorstoss dagegen von allen Parteien mitgetragen. Und die Vorlage vom Stadtrat selber ausgearbeitet.

2015 sei die FDP der Meinung gewesen, dass nur acht Jahre nach der Fusion das System mit Bürgerversammlung und Stadtforum nochmals eine Chance bekommen solle, sagt Präsident Christian Meier. Zudem habe man befürchtet, dass ein Parlament teurere Vorlagen produziere als das heutige



Empört und erfreut: Robert Hegner (l.) will weiter gegen die Abschaffung der Bürgerversammlung kämpfen, Ralph Dudler sieht das Stadtparlament auf gutem Weg. Bilder: Markus Timo Rüegg

System. In den letzten Jahren habe sich die Bürgerversammlung aber selber zu einer «sehr ausgabefreudigen Gemeinschaft entwickelt».

Und es habe sich immer deutlicher gezeigt, dass die Stadt ihren Strukturen entwachsen sei. Die jetzige Bürgerversammlung sei betreffend grosser Teilnehmerzahl und strukturiertem Ablauf ein positives Beispiel gewesen. «Leider ist das nicht der Standard», so Meier.

Es habe sich in den letzten sieben Jahren gezeigt, dass Mitwirkungsprozesse und Stadtforum nicht der goldene Weg seien, sagt auch Mitte-Präsident Reichenbach zum mehrheitlichen Meinungsumschwung in seiner Partei. «Ob es das Parlament ist, wird man sehen.» Er glaube, dass es eine Verbesserung bringen könne. «Aber wie überall im Leben, kann man auch scheitern.» Am Schluss gehe es darum, möglichst gute Projekte für die Bevölkerung der Stadt Rapperswil-Jona hinzubekommen.

Urnengang wird begrüsst

Meier und Reichenbach begrüssen, dass die finale Abstimmung am 12.

März nächsten Jahres an der Urne fällt. Auch wenn das nochmals Aufwand für die Parteien bedeute. Ein so grundlegender Entscheid solle möglichst breit abgestützt sein. Für Dudler ist die Urnenabstimmung «demokratisch absolut nachvollziehbar». Auch wenn es für ihn «ein starkes Zeichen» gewesen

wäre, wenn die Bürgerversammlung ihre eigene Abschaffung definitiv beschliessen hätte.

Für den Urnengang sind die Parteivertreter zuversichtlich. «Den Stress hat die Vorlage bestanden», meint Dudler. Dass die Bürgerversammlung in der Detaildiskussion kaum etwas ab-

geändert habe, zeige, dass die Vorlage «sehr gut durchdacht» sei, meint auch Meier. Dass sich vor der Urnenabstimmung noch ein Gegenkomitee bildet, will allerdings niemand ausschliessen.

Bürger will Widerstand leisten

Ein solches auf die Beine stellen möchte Robert Hegner. Bereits in der Versammlung hatte er sich für den Beibehalt der Bürgerversammlung ausgesprochen. «Völlig widerstandslos lasse ich mich als Stimmbürger nicht entmündigen», schreibt er nun in einem Leserbrief (Seite 7). Ob er Mitstreiter findet, wird sich zeigen.

Daniel Lättsch, der für sein Gegenvotum kräftigen Applaus erhielt, winkt ab. «Ich habe meine Meinung gesagt.» Seiner Meinung nach bekommen die Parteien eine zu starke Rolle. «Das Parlament wird keines unserer Probleme lösen, sondern neue schaffen», meint er. SVP-Kantonsrat Bernhard Zahner, der sich ebenfalls gegen das Parlament aussprach, lässt es offen, ob er in einem Gegenkomitee mitmachen würde. «Ich werde zum jetzigen Zeitpunkt nichts in Bewegung setzen.» Obwohl er ein Stadtparlament nicht für zielführend hält, könnte er sich gar vorstellen, darin mitzuwirken.

Stadtpräsident Martin Stöckling (FDP) zeigt sich «sehr zufrieden», dass die Vorlage des Stadtrats bis auf einen Punkt bestätigt wurde. Den Abstimmungskampf müssten nun primär die Parteien bestreiten. Diese seien wohl gut beraten zu kritischen Fragen, die von Bürgern an der Versammlung aufgeworfen wurden, Stellung zu nehmen.

Was sich mit dem Parlament ändern würde

Die allfällige Einführung des Parlaments verändert die Spielregeln für den Politbetrieb in Rapperswil-Jona. So fiel ab 2025 die Bürgerversammlung weg. Dieser Verlust an direktdemokratischer Mitsprache ist sich der Stadtrat bewusst. «Heutige Mitwirkungsprozesse, in denen sich Bevölkerung oder Anspruchsgruppen direkt einbringen können, bleiben erhalten», versicherte Stadtpräsident Martin Stöckling am Donnerstagabend dem Stimmvolk.

Neu sollen 36 Parlamentsmitglieder die Interessen der Bürger vertreten. Gewählt werden Stadtparlamentarier nach Parteilisten und nicht nach Wahlkreisen. Dies ist gleich wie in anderen St. Galler Stadtparlamenten. «Wahlkreise machen in der 'Kleinkammrigkeit' unserer Stadt keinen Sinn», so Stöckling. Die Höhe der Sitzungsgelder der Parlamentsmitglieder beschliesst das Parlament selber. Durch die Auflösung der Geschäftsprüfungskommission und

des Schulrats entstehen mit dem Parlament nicht nur Mehrkosten.

Veränderungen gibts auch beim Stadtrat: Statt drei vollamtliche und vier nebenamtliche gäbe es neu bloss fünf Stadträte. Diese üben alle ihr Amt hauptberuflich aus. Sie werden gleichzeitig mit dem Parlament gewählt. Die Ressorts teilen sie untereinander auf. Ausser das Stadtpräsidium. Wer dieses ausüben soll, bestimmt weiterhin das Volk. (wyf)

Amden und Weesen wollen im Tourismus neue Wege gehen

Nun ist auch Weesen auf dem neusten Stand: Dort wurden Ideen für eine touristische Aufwertung präsentiert. Ideen gibts zuhauf.

Alexandra Greeff

Die Gemeinden Amden und Weesen sind einzigartig durch ihre Nähe zum See und die sonnige Berglandschaft. Davon sind Marcel Benz, Gemeindepräsident von Weesen, und Peter Remek, Gemeindepräsident von Amden, überzeugt. Schade sei nur, dass es bislang nicht gelinge, eine höhere Wertschöpfung aus dem Tourismus zu ziehen.

An Tagestouristen fehlt es nicht. Die Anzahl Logiernächte in Hotels ist jedoch auf Sinkkurs. Grund dafür ist der Bau der Walensee-Autobahn ins Bündnerland, sind sich die Gemeindepräsidenten einig: «Die goldenen 70er-Jahre sind vorbei. In den letzten zehn Jahren ist die Anzahl Logiernächte um 38 Prozent zurückgegangen», sagt Benz.

Dies soll sich nun mit dem räumlichen Tourismuskonzept (RTEK) ändern. Nach der Informationsveranstaltung in Amden (die «Linth-Zeitung» berichtete), wurde am Donnerstagabend in der Speerhalle auch die Weesener Bevölkerung über das RTEK informiert. Für dieses haben sich Thomas Keller vom Amt für Wirtschaft und Arbeit St. Gallen, Marcel Benz und Peter Remek sowie Thomas Exposito, Geschäftsführer von Amden Weesen Tourismus, zusammengeschlossen.

Stärken und Chancen nutzen

Mit vereinten Kräften und auf Grundlage verschiedener Expertisen sollen die Stärken und Chancen der Gemeindegebiete besser genutzt und Investitionen gefördert werden. «Das RTEK

hat einen touristischen und einen raumplanerischen Teil», erklärte Benz den etwa 60 interessierten Anwesenden. «Es geht zum einen darum, touristische Erlebnisangebote zu planen, mit denen sich die Gemeinden weiter positionieren können.» Dieser Teil des RTEK sei bereits weit aufgearbeitet.

Im zweiten Schritt müssten nun die raumplanerischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung geschaffen werden. «Einige Massnahmen können dabei im Rahmen der Weesener Ortsplanung abgehandelt werden», so Benz. Gerade in Amden gebe es jedoch viele Flächen in der Landwirtschafts- oder Grünzone. Zum Beispiel für die Umsetzung eines Aussichtspunkts beim Chapf sei deshalb eine Festsetzung im kantonalen Richtplan nötig.

An Plänen für ein lebendiges und touristisch attraktives Amden und Weesen mangelt es nicht, wie die Präsentation von Benz zeigte. Touristische Gäste sollen ein so vielseitiges und breites Erlebnisangebot erhalten, dass sie länger verweilen, so die Idee.

Rund 40 Ideen wurden nach ihrem benötigten Aufwand und ihrer erzielten Wirkung untersucht. Von Biwak-Kursen über glamouröses Camping bis hin zu Kletterangeboten ist alles dabei. Auch an Möglichkeiten wie Elektro-Shuttlebusse oder Schifffahrten ab Ziegelbrücke ist gedacht, um das Verkehrsproblem zu lösen.

Amden möchte als Nächstes die Ideen eines Flowtrails im Arvenbüel sowie mögliche Wassersportangebote beim Lago Mio angehen. Bei Weesen sind es der Themenweg Chapfenberg und die Seepromenade: «Diese Projekte können wir zum Teil auch unabhängig vom RTEK konkretisieren», so Benz. Bis zum Ende des ersten Quartals 2023 soll dann auch der raumplanerische Teil des RTEK abgeschlossen sein.



Tourismus ankurbeln: Marcel Benz erklärt, wie das geht. Bild: Alexandra Greeff